

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0004/2019/IV

Datum:
17.01.2019

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:
Dezernat I, Amt für Digitales und Informationsverarbeitung
Dezernat I, Amt für Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat I, Personal und Organisationsamt
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Dezernat V, Kämmereiamt

Betreff:

**"HeiPorT – Heidelberger Politik- und
Transparenzportal":
Umsetzung des ausgezeichneten Modellvorhabens im
Rahmen des Förderaufrufs "Gemeinden, Städte und
Landkreise 4.0 - Future Communities 2018" des
Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und
Migration Baden-Württemberg**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	30.01.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	14.02.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Inhalte der Informationsvorlage zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• Kalkulierte Gesamtkosten bei Antragstellung	196.242,50 €
Einnahmen:	
• Fördersumme Land Baden-Württemberg (Bescheid vom 13.12.2018)	91.152,50 €
Finanzierung:	
• Maximaler Eigenanteil der Stadt Heidelberg	105.090,00 €
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Informationsvorlage gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand des Modellvorhabens „HeiPorT – Heidelberger Politik- und Transparenzportal“, das im Rahmen des Wettbewerbs „Städte, Gemeinden, Landkreise 4.0 – Future Communities 2018“ des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg ausgezeichnet wurde. Am 13. Dezember 2018 erhielt die Stadt einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 91.152,50 Euro – entgegen der im Wettbewerb ursprünglich festgelegten Fördersumme je Vorhaben mit maximal 100.000 Euro und bis zu 50 Prozent der förderfähigen Kosten. Aufgrund der Kürzung der Fördersumme seitens des Landes gilt es nun zu prüfen, ob Anpassungen am Projektzuschnitt und den Gesamtkosten erforderlich sind.

Begründung:

1. Ausgangslage

Die Stadt Heidelberg hat für ihr zukunftsweisendes Projekt „HeiPorT – Heidelberger Politik- und Transparenzportal“ mit Bescheid vom 13.12.2018 eine Förderzusage durch das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg erhalten (vergleiche dazu Drucksache **0116/2018/IV**). Entgegen der im Wettbewerb ursprünglich festgelegten Fördersumme von maximal 100.000 Euro oder bis zu 50 Prozent der förderfähigen Kosten beläuft sich die tatsächliche Förderung durch das Land nun auf rund 91.000 Euro. Darin sind auch Mittel für die befristete Einstellung einer Projektunterstützung enthalten. Aufgrund der geringer ausgefallenen Fördersumme gilt es im nächsten Schritt zu prüfen, ob gegebenenfalls Anpassungen am Projektzuschnitt und an den Gesamtkosten erforderlich sind.

Mit dem Projekt „HeiPorT – Heidelberger Politik- und Transparenzportal“ will die Stadt Heidelberg nicht nur die internen Verwaltungsabläufe effizienter gestalten, sondern auch kommunale Dienstleistungen (wie die LIF-Antragsstellung und Open Data) einfacher verfügbar machen. Ziel ist es, Verwaltungshandeln und politische Entscheidungsprozesse künftig noch transparenter zu gestalten und damit die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern. Dabei soll das neue Portal in Ergänzung des bereits bestehenden umfangreichen Online-Angebots unter www.heidelberg.de die bereits verfügbaren Informationen und Angebote aus dem Bereich Kommunalpolitik sinnvoll zusammenführen oder verknüpfen und diese durch zusätzliche neue Bausteine und Funktionen ergänzen. Gemeinsam mit verschiedenen namhaften Kooperationspartnern, wie der Open Knowledge Foundation Deutschland, ITEOS oder der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, soll eine innovative und praxisorientierte Lösung entwickelt werden, von der am Ende nicht nur die Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs, sondern auch andere Gemeinden und Städte im Land profitieren.

2. Weiteres Vorgehen:

Die Inhalte der einzelnen Projektkomponenten sollen im nächsten Schritt gemeinsam mit den Projektpartnern konkretisiert und das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Umgesetzt wird das Vorhaben unter Federführung des Referats des Oberbürgermeisters in enger Abstimmung mit dem Amt für Digitales und Informationsverarbeitung, dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit und dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Parallel dazu werden zeitnah bilaterale Gespräche mit möglichen externen Kooperationspartnern geführt. Mit der Umsetzung des Projekts soll noch im Frühjahr 2019 begonnen werden. Als Ende des Förderzeitraums wurde vom Land der 31. Oktober 2019 festgesetzt, das heißt das Projekt muss bis zu diesem Zeitpunkt umgesetzt sein.

Die gemeinderätlichen Gremien werden im Rahmen einer gesonderten Vorlage über die Umsetzung und die auf die Stadt Heidelberg entfallenden Kosten einschließlich deren Finanzierung beteiligt. Darüber hinaus soll die Öffentlichkeit über eine Unterseite des Internetauftritts „Digitale Stadt“ über die weiteren Projektfortschritte informiert werden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 3	+	Ziel/e: Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen Begründung: Das Vorhaben unterstreicht den Anspruch der Stadt Vorreiter in den Bereichen Bildung und Digitalisierung zu sein. Heidelberg überzeugt durch gelebte Innovationskultur im digitalen Transformationsprozess als zukunftsorientierte und moderne Stadt. Durch den Einsatz innovativer Informations- und Weiterbildungsangebote steigt die Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger.
QU 3	+	Ziel/e: Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Ziel des neuen Portals ist es, Verwaltungshandeln und politische Entscheidungsprozesse noch transparenter zu gestalten und damit die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dazu werden bestehende Informationen und Angebote sinnvoll zusammengeführt oder verknüpft und durch zusätzliche neue Funktionen ergänzt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner